

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur:
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.

Abonnement: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.20 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.00 Mk. Bei der Post bezahlt und selbst abgeholt vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Erhalten täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Der Abnehmer trägt die Kosten für den Briefträger und die Ausgabe der Zeitung, sowie alle Postgebühren und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigenpreise: Die Abgabepreise sind je nach Art der Anzeigen und dem Ort verschieden. Die Abgabepreise sind je nach Art der Anzeigen und dem Ort verschieden. Die Abgabepreise sind je nach Art der Anzeigen und dem Ort verschieden.

118 Mittwoch, den 4. August 1920 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

In Bittau ist der Generalkrieg im Abflauen begriffen. Die Rettungen können wieder erscheinen. Das Kraftwerk ist bereits im Besitz der Bahnverwaltung zum Teil wieder aufgenommen.

In den nächsten Tagen wird dem Reichstag ein Entwurf zugehen, der eine wesentliche Heraushebung der Grenze vorzieht, bis zu welcher Arbeits- und Dienstleistungen gestundet werden kann.

Wichtige Entscheidungen in der Frage unserer gesamten Ernährungswirtschaft sind von den zuständigen Reichsstellen gefasst worden.

Eine Meldung aus Kopenhagen besagt, daß General Pilsudski die Oberleitung der polnischen Heere an die Franzosen abgegeben habe.

Änderungen beim Lohnabzug.

A. N. B. Die Erfassung der Steuer an der Quelle hat bei der Regelung in Form des Lohnabzugs sehr große Erbitterung und Erregung in allen Kreisen ausgehört, die davon betroffen wurden. Diese Erregung hat dazu geführt, daß alle Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, einen Antrag im Reichstag einbrachten, der die Bestimmungen ergänzen und mildern sollte. Dieser Antrag ist angenommen worden. Es wird nunmehr bei den ständig beschäftigten Arbeitnehmern für die Lohnabzugsberechnung von dem Arbeitslohn bezw. Gehalt ein Betrag ausgeschieden, der nicht dem Abzug unterliegt. Wird der Arbeitslohn nach Tagen berechnet, so beträgt der abzugsfreie Betrag 5 Mark täglich. Bei der Berechnung des Arbeitslohnes nach Wochen 30 Mark wöchentlich und bei der monatlichen Gehaltsberechnung 125 Mark monatlich. Der abzugsfreie Betrag erhöht sich noch für die Ehefrau und jedes zum Haushalt des Arbeitnehmers gehörende minderjährige Kind im Falle der Berechnung nach Tagen um 1.50 für den Tag, bei Berechnung nach Wochen um 10 Mark für die Woche und bei monatlicher Berechnung um 40 Mark für den Monat. Inwieweit die neuen Vorschriften im einzelnen Falle anzuwenden sind, hat der Arbeitgeber selbst zu entscheiden. Auf Antrag des Arbeitnehmers hat in Betrieben, in denen ein Betriebsrat besteht, der Betriebsausschuß oder der Betriebsobmann über die Höhe des Abzuges ein Gutachten abzugeben. Auf Antrag eines Beteiligten entscheidet das zuständige Finanzamt endgültig. Ist die Entscheidung des Finanzamtes nicht binnen einer Woche nach dem Zahlungstag angerufen, so muß der Abzug in vollem Umfange vorgenommen werden. Auch für die Arbeitnehmer mit höherem Einkommen hat der Reichstag am 6. Juli 1920 eine andere Regelung des Abzugsvorganges beschlossen, durch die eine stärkere Erfassung dieser Einkommensbezüge eintritt. Es handelt sich hierbei um Einkommen, die den Betrag von 15000 Mark übersteigen. Für den Lohnabzug kommen in Betracht alle Einkommen aus Arbeit, auch die Naturallohn, Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen. Für den Lohnabzug kommen nicht in Betracht Zulagen auf Grund der Militärpensionen und Versorgungsgesetze, v. H. Berufungsgelder, Kriegs-, Alters- und Tropenzulagen, Versorgungsgeldern auf Grund von Kriegsdienstbeschädigungen, Bezüge aus einer Krankenversicherung, Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen unter 15000 Mark. Trotz dieser Änderungen bedeutet der Lohnabzug eine Härte, aber diese Härte muß angesichts unserer ungünstigen Finanzlage mit in Kauf genommen werden, denn auch der Staat kann genau wie der Privatmann ohne Einnahmen nicht leben und dazu gehören nun einmal die Steuern.

Ueber den 10prozentigen Steuerabzug wird ferner von zuständiger Stelle geschrieben: Immer wieder macht man die Wahrnehmung, daß viele Leute trotz aller Belehrung die Auffassung haben, als ob die Höhe des 10prozentigen Steuerabzuges bestimmend wäre für die Höhe der zu entrichtenden Steuer. Der wirkliche Sachverhalt ist, daß der Lohnabzug nur eine Abschlagszahlung vorstellt. Je weniger jetzt für die Steuer am Lohn abgezogen wird, desto mehr muß später zur Erfüllung nachgezahlt werden. Nachzahlen müssen die meisten Beamten und Arbeiter. Das liegt an der drückenden Schwere der künftigen Einkommensteuer. Die Arbeiter und unteren Beamten haben davon bisher wenig gespürt, weil ihre Steuer immer noch nach den Löhnen und Gehältern bemessen wurde, die sie vor Jahren hatten. Der inzwischen eingetretenen bedeutenden Steigerung ihres Einkommens entsprechend muß doch nunmehr auch ihre Steuer sich erhöhen. Daran ist nichts zu ändern, es ist auch nicht mehr wie recht und billig. Es wird sich ferner sichtbar machen, daß die Höhe des Steuerabzuges der neuen Reichseinkommensteuer viel höher sind als die Tariffsätze der bisherigen Bundessteuer waren, wenn auch die Erhöhung der

Tariffsätze in den Klassen, denen die Arbeiter und die meisten Beamten angehören, noch lange nicht mit so großer Härte durchgeführt ist wie in den höheren Klassen. Es erleichtert sich also jeder nur selbst die Aufbringung der schweren Steuerlast, wenn er jetzt möglichst hohe Beträge in Form des Lohnabzuges darauf abzahlte. Um ein Mehr oder Weniger dieses Abzuges sich zu streiten, hat gar keinen Sinn. Uebrigens haben nicht nur die Gehalts- und Lohnempfänger jetzt Vorauszahlungen auf die später endgültig festzusetzende Einkommensteuer zu leisten, sondern auch die anderen Steuerpflichtigen. Um so weniger kann in dem Lohnabzug ein Grund zur Beschwerde erblickt werden.

Die Lage in Ostfachsen.

Die Reichswehr im Anmarsch auf Bittau. Noch immer nicht ist in Ostfachsen die Ordnung wiederhergestellt, im Gegenteil stellt sich die Lage nach wie vor als recht ernst dar. Gestern war es sogar zu einer Einstellung des Zugverkehrs gekommen, die Eisenbahner hatten gestern morgen die Arbeit niedergelegt und der gesamte Zugverkehr ruhte; die Pässe von Dresden berührten nur bis Niederoderwitz. Eine neuere Meldung besagt indessen, daß der Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen worden ist. Unterdessen setzen die radikalen Elemente ihre Wirksamkeit fort. In Bittau finden andauernd Massenversammlungen unter freiem Himmel statt. Zu Zusammenkünften ist es im Laufe des Dienstag vormittag nirgends gekommen. Die von den radikalen Elementen für Montag angekündigte Erklärung der Bittauer Arbeiter ist nicht erfolgt. Die Reichswehr war bis Dienstag mittag in Bittau noch nicht eingetroffen, doch ist sie im Anmarsch. Die Ereignisse in Bittau scheinen nur der Auftakt für schwere Unruhen in ganz Sachsen zu sein. So betonte ein auswärtiger Redner namens Müller in einer öffentlichen Versammlung, die Streikleitung wolle den Streik nicht nur auf alle Betriebe Bittaus ausdehnen, sondern auch nach den Nachbarbezirken tragen. Auch nach Mittel- und West-Sachsen seien Kuriers entsandt worden, die dort den Streik ins Werk setzen sollen. Die Bourgeoisie müsse hungern, bis sie sich mit den Forderungen der Arbeiterschaft abgefunden hätte. Ein anderer Redner sagte, daß auch die Arbeiterschaft des Reichswerkes Lauterbach bei Baugen ihre Sympathie erklärt hat. In kurzem wird auch Dresden ohne Licht und Kraft sein.

Wichtige Arbeitsruhe in Bittau.

Die Lage in der Stadt Bittau bleibt weiter sehr gespannt, obwohl Ausschreitungen bisher nicht wieder vorgekommen sind und die Stadt auch nach außen hin ein ruhiges Gepräge bietet. Die Läden sind geschlossen. Vorübergehend ist der elektrische Strom wieder freigegeben worden. Infolge der Einstellung des gesamten Zugverkehrs war gestern keine Post in Bittau eingetroffen. Die Bevölkerung erwartet stündlich den Einmarsch der Truppen. Der Generalkrieg hat sich gestern noch verschärft. Die Bittauer Morgenzeitung hatte gestern eine kleine Ausgabe herausgebracht. Daraufhin zogen Hunderte vor das Geschäftsgebäude und drohten, die Maschinen und die Einrichtung zu zerstören, wenn der Versuch gemacht würde, noch einmal Zeitungen zu drucken. Es herrscht also vollkommene Arbeitsruhe. Nur die Lebensmittelgeschäfte sind geöffnet. Die Stadtpolizei hat ihren Dienst wieder aufgenommen. Der Oberbürgermeister von Bittau ist gestern früh von Dresden wieder abgefahren. Man nimmt an, daß er mit der Reichswehr in die Stadt kommen wird. — Eine gestern vormittag stattgehabte, zahlreiche besuchte Versammlung beschloß, heute eine Urabstimmung in den Betrieben über die Weiterführung des Streiks vorzunehmen. Von den früheren Forderungen der Radikalen war nicht mehr die Rede. Man verlangte nur die Aufhebung des Belagerungszustandes.

Die Lage im Zöbauer Bezirk.

In Zöbauer Arbeiterkreisen hat es lebhaften Erbitterung hervorgerufen, daß auch über den Zöbauer Bezirk der Belagerungszustand verhängt worden ist, obwohl in dem Bezirk alles ruhig ist. Mitglieder des Gewerkschaftsverbandes sind im Laufe des Dienstags nach Dresden gefahren, um bei der Regierung die Aufhebung des Belagerungszustandes zu fordern. Für den Fall, daß dieser Forderung nicht stattgegeben wird, steht man auch in Zöbau die Stimmung als sehr ernst an. Die sozialdemokratische Parteileitung betont in der Volkszeitung für die Oberlausitz, dem Organ der Mehrheitssozialisten, daß ein wichtiger Beschluß, wie der des Generalkriegs, nicht von einer, wenn auch noch so großen Zahl gefaßt werden kann. Das könne nur von kompetenter Stelle, nach reiflicher Aussprache, bezw. durch betriebsweise einwandfreie Abstimmung geschehen. Wir haben Ursache, so schreibt das Blatt, anzunehmen, daß der auf oben gekennzeichnetem Grundlage zustande gekommene Beschluß bei einem großen Teil der Arbeiterschaft nicht als bindend angesehen wird. Selbst Betriebsratsmitglieder, die sich als U.S.B.D. bezeichneten, sprechen sich gegen die Art des Zustandekommens der Letztung aus.

Die Maßnahmen im Zöbauer Bezirk.

Aus der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird geschrieben: In der Bevölkerung scheint nach Blättermeldungen noch Unklarheit darüber zu herrschen, weshalb die von der Regierung aus Anlaß der Bittauer Vorgänge vorgenommenen Sicherheitsmaßnahmen auch auf den Zöbauer Bezirk ausgedehnt worden sind. Sie waren nur deshalb notwendig, weil die Amtshauptmannschaften Bittau und Zöbau ein einheitliches Wirtschaftsgebiet sind und ihre Grenzen allzu sehr ineinander überfließen. Die Regierung hat jedoch sehr ineinander überfließen. Die Regierung hat jedoch den Zivilkommissar, der für diese Tage dort die höchste vollziehende Gewalt inne hat, dahin angewiesen, überall da, wo Ruhe und Ordnung herrscht, in denksbar schonen der Weise vorzugehen, so daß die Bewohner dieser Orte von einem Belagerungszustand überhaupt nichts merken. Es ist auch ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß früher bei Verhängung des Belagerungszustandes der Militärbefehlshaber die oberste Gewalt ausübte und der Zivilkommissar nur Beirat war. Das Militär kommt jetzt aber nur für die Ausführung der Anordnungen der Regierung in Frage. Die volle Verantwortung für diese Anordnungen hat die Regierung sich selbst vorbehalten.

Die Ereignisse in Bittau werfen ihre Schatten auch auf Zöbau. Die Stadt trägt vollständig militärisches Gepräge. Tag und Nacht gehen starke Militär- und Polizeitransporte durch die Stadt. Zahlreiche Waagendart, Artillerie und Autosolonnen durchziehen die Straßen. Die Abteilungen Zöbau und Baugen der Reichswehr, die sich bei Ausbruch der Unruhen zur Uebung in Königshardt befanden, sind sofort zurückgerufen worden und nach Bittau abgegangen. In erster Linie sind lautstärker Truppen zum Eingreifen bestimmt, die durch preussische Formationen noch verstärkt werden.

Unterbrechung der Waffenstillstandsverhandlungen.

Vor der Unterzeichnung? Ein Moskauer Funkpruch meldet: Die Waffenstillstandsverhandlungen sind ausgesetzt worden. Die polnischen Delegierten kehren nach Warschau zurück, um von ihrer Regierung die Ermächtigung zur Unterzeichnung nicht nur des Waffenstillstandsvertrages, sondern auch der grundlegenden Friedensbedingungen, die die Sowjetregierung aufgestellt hat, zu erlangen.

Russland schlägt Waffenruhe vor.

Nationalkabinett meldet aus Warschau: Die polnische Waffenstillstandskommission gibt der Regierung durch Funkpruch bekannt, daß die Russen den Beginn der Waffenruhe für Donnerstag Mitternacht vorschlagen. Die bisherige Frontlinie soll bis zum Abschluß der Friedensverhandlungen unverändert bleiben.

Dresdener und Nowgorod verlorene.

Nowgorod westlich von Lomza ist Dienstag nachmittag 4 Uhr von den Russen besetzt worden. Der Einzug erfolgte, während die Polen die Stadt noch verteidigten. Die polnische Armee geht auf Ostrolenka zurück. Nach anderen Meldungen ist auch Breslau, Ost- und West-Polen in russischer Hand. — Daily Mail meldet aus Warschau: Die polnischen Fronten sind am Sonntag unter den Befehl von Generalstabsoffizieren der Entente gestellt worden. Brody an der Südfront wird seit Sonntag wieder von den Polen besetzt.

Die Hoffnungen des polnischen Generalstabes.

Der polnische Generalstabchef Rozwadowski unterrichtete die Pressevertreter über die augenblickliche Kriegslage und die Aussichten des Kampfes. Er führte u. a. aus: Die Bolschewisten seien, dank der von Lenin und Judenkis gemachten großen Beute ganz vorzüglich ausgerüstet. Es ist ihnen gelungen, jetzt die Situation zu beherrschen. Die Russen versuchen, sich vor Abschluß eines Waffenstillstandes mit aller Gewalt in den Besitz der Bug-Linie zu setzen. Dies wird ihnen auf keinen Fall gelingen. Sollte ein annehmbarer Waffenstillstand für uns nicht zustande kommen, so gibt es nur eins: den Kampf bis aufs Messer.

Die Morningpost meldet aus Warschau:

Der Widerstand der Polen nimmt zu. Die Stadt ist von Stacheldrahtverhauen und Barricaden umgeben. Die Bevölkerung wird auf den Einmarsch der Bolschewisten durch die Rettungen vorbereitet. In Warschauer parlamentarischen Kreisen verlautet, daß, wenn bis zum 4. August nachmittag die Waffenstillstandsbedingungen nicht überreicht sind, die polnischen Delegierten zurückkehren werden. Der Kampf wird dann mit allen Mitteln fortgesetzt. Die Presseabteilung des Ministeriums des Aeußeren teilt mit: Die polnische Regierung hatte sich an die Sowjetregierung gewandt und um die Zulassung von zwei Zeitungs-korrespondenten bei den Friedensverhandlungen ersucht. Die Sowjetregierung hat das Ersuchen abgelehnt.

Meine politische Meinungen.

Deutschland soll sein Kriegsmaterial an Polen ausliefern. Die Milizisten haben in Berlin den Beschluss gefasst, daß Deutschland die Waffen, die es erst in den nächsten Wochen zur Verfügung ausliefern muß, den milizistischen Kommissionen in Polen direkt übergeben soll, wogegen ihm gewisse Kompensationen gewährt werden sollen.

Reichswahlgesetz. Der Reichsrat vertrat am Montag in öffentlicher Sitzung, unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Dr. Selige die Wahlordnung für die Prüfung von Wahlzettel an die Wahlämter. Eine Reihe anderer Vorlagen wurden von der Tagesordnung abgesetzt, dagegen eine Änderung der Verordnung über Lohnzahlung in erster und zweiter Lesung angenommen. In erster und zweiter Lesung angenommen wurde auch das Gesetz zur Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über gemischte Schiedsgerichtshöfe und die Vollstreckung ausländischer Urteile, wie sie durch Artikel 204 des Friedensvertrages vorgeschrieben werden.

Das Entwaffnungsgesetz in zweiter Lesung angenommen. In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde das Entwaffnungsgesetz nach längerer Debatte in zweiter Lesung angenommen. Im Laufe der Aussprache kamen durch den Unabhängigen Abg. Lipinski auch die Zittauer Vorgänge zur Besprechung. In seiner Antwort berührte Reichsminister Koch auch die Verhältnisse in Leipzig, wo die Entwaffnung ebenfalls streng durchgeführt werden müsse. Es kam dabei zu ätzenden Auslassungen der Unabhängigen, namentlich des Abg. Lipinski, die von dem Minister in humoristischer Weise abgeferligt wurden.

Der neue Entwaffnungskommissar. Wie die Köln. Ztg. von parlamentarischen Kreisen hört, ist für den Posten des Reichskommissars für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung der Unterstaatssekretär im Reichswehrministerium Dr. Peter in Aussicht genommen, ein erfahrener Verwaltungsbeamter, der aus dem preussischen Landwirtschaftsministerium hervorgegangen ist und dem die erforderliche Energie nachgerühmt wird. Der Posten des Kommissars war zunächst einem aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet kommenden Abgeordneten der Deutschen Volkspartei angetragen worden, der indessen die Übernahme ablehnte.

Ueber die Aufhebung der Zwangswirtschaft wird die Reichsregierung in diesen Tagen eine Erklärung abgeben. Der Abbau der Zwangswirtschaft muß im ganzen Reihe gleichmäßig geschehen, es ist nach Ansicht der Reichsregierung nicht möglich, daß süddeutsche Staaten hierin selbständig vorgehen. Das Gleiche gilt für Verstaatlichungsmaßnahmen, wie sie in Sachsen mit dem Bergbau geplant sind. Auch hier hat das Reich nach der Verfassung allein das Recht, zu verstaatlichen.

Die prompten Kohlenlieferungen. Die Times melden aus Paris: Die deutschen Kohlenlieferungen gehen seit dem 28. Juli ordnungsgemäß ein. Die Kohlenüberwachungskommission für Deutschland wird am 10. August in Berlin unter Vorsitz Frankreichs ihre Tätigkeit aufnehmen.

Wilson erwartet Revision von Versailles. Nach einer Meldung der Times aus New York hat Wilson sich dahin ausgesprochen, daß er zur Konferenz in London, die wegen des Friedens mit Polen stattfinden soll, einen Vertreter entsenden wird. Wie von gutunterrichteter Seite, die Wilson nahesteht, behauptet werde, solle der Präsident der Ansicht sein, daß die Konferenz in London zur Revision des Friedensvertrages von Versailles führen werde.

Deutsch-italienische Wirtschaftsverhandlungen. Die deutsch-italienischen Verhandlungen über den Warenaustausch haben zu einem guten Ergebnis geführt. Die Güterzüge werden beschleunigt und über Tirol geleitet. München wurde als Umschlagstation bestimmt. Die Befahrung der Rechnungen erfolgt nur in Mark und Lire unter Ausschaltung der Krone. In kurzem wird in Innsbruck eine italienisch-deutsche Konferenz zusammengetreten, um über die Gütertarife Vereinbarungen zu treffen.

Eine belgische kommunistische Partei. In London ist in einer durch das Unterhausmitglied Robert Malone geleiteten Versammlung eine kommunistische Partei Großbritanniens gegründet worden. Nach stürmischer Aussprache kam ein Programm zustande, das für Großbritannien die Errichtung eines Sowjetregimes, die Diktatur des Proletariats, die Ein-

führung des Kommunismus, sowie die Kontrolle über die Erzeugung des Landes vorsieht.

Die monarchistische Bewegung in China. Eastern-Service meldet aus Tokio: Die abgelehnte kaiserliche Familie von China hat der japanischen Regierung mitgeteilt, daß der vormalige Kaiser von China bereit sei, den Thron wieder zu besteigen.

Preisabbau und Zwangswirtschaft.

Eine sozialdemokratische Rundgebung für die Zwangswirtschaft.

Am Sonntag trat im Volkshaus zu Dresden eine Konferenz von Vertretern der Ernährungs- und Lebensmittel-Ausschüsse von Ostschlesien zusammen, an der jedoch auch Vertreter aus den Kreisbauvereinigungen Leipzig, Chemnitz und Zwickau teilnahmen. Die Konferenz war von dem bekannten unabhängigen Dresdener Stadtverordneten Rößch einberufen worden, dem bei den letzten Lebensmittelunruhen in Dresden die empörte Menge zugerufen hatte: An die Nationalen Rößch hielt eine lange Rede, worin er seine Ansichten über die Lebensmittelversorgung und wie sie besser zu regeln sei, darlegte. Er meinte, ein Teil der noch aus der Kriegszeit her bestehenden Ernährungs-Ausschüsse müsse in seiner Zusammenfassung geändert oder ganz beseitigt werden, damit neue Ausschüsse an ihre Stelle treten könnten. In den alten Ausschüssen hätten die Verbraucher zu wenig zu sagen gehabt. Hauptziel sei jetzt die dauernde Senkung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Die Landwirte seien die größten Profitgänger. Mit einer Preissenkung unter 30 Mark für den Zentner Kartoffeln sei nicht zu rechnen. Der Kartoffelpreis sei seit 1913 auf Zwanzigfache gestiegen. Bald werde eine neue Milchpreiserhöhung kommen. Der Redner verlangte ein Ausfuhrverbot für verschiedene Lebensmittel aus Sachsen. Wenn auch die Regierung nicht mächtig sei, so sei es doch die Arbeitererschaft, besonders die Eisenbahner. Mit Hilfe der Betriebsräte der Eisenbahner könnte man solche Lebensmitteltransporte nach Berlin usw. leicht verhindern. Aus der Organisation müßten aber alle bürgerlichen Elemente ausscheiden. Zum Schluß sprach Rößch sich für die von der Regierung vorgeschlagenen Verbrauchskommissionen aus.

Der Ausschuss unterbreitete sodann folgende Entschlüsse:

Der wichtigste Grund für die Beseitigung der Minderbemittelten muß sein, eine planmäßige Senkung der Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsgegenstände zu erzielen. Um möglichst bald eine Senkung für Brot, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Milchzucker herbeizuführen, fordern wir von der Landesregierung, bezw. vom Wirtschaftsministerium, sofort bei der Reichsregierung in diesem Sinne zu wirken.

Die Preisfestlegung bei der Reichsregierung für die wichtigsten Konsumtionsartikel hat nur unter Heranziehung von Verbrauchervertretern aus allen Teilen des Reiches zu geschehen.

Eine sofortige Preisfestlegung muß erfolgen bei Obst, Fleisch, Gemüse und den daraus hergestellten Erzeugnissen. Dasselbe trifft in besonderem Maße zu auf Kartoffeln, da die Anbaufläche und das Erntergebnis so geringfügig sind, daß eine reichliche Versorgung gewährleistet erscheint. Die Brotversorgung muß aber über ganz Deutschland in bezug auf Qualität und Quantität gleichmäßig geregelt werden.

Zur Durchführung der Forderungen erachten wir die weitestgehende Mitarbeit der Verbraucher für unbedingt erforderlich. Deshalb müssen in jeder Gemeinde Preisfestlegungs- und Preisprüfungsausschüsse aus den Kreisen der Verbraucher gebildet werden. Den maßgebenden Einfluß in diesen Ausschüssen müssen die Vertreter der politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen haben. Zu bilden sind für Ostschlesien diese Ausschüsse in den Städten mit revidierter Städteordnung und in den Amtshauptmannschaften.

Um durchgreifend und erfolgreich arbeiten zu können, ist es unbedingt notwendig, daß die Ausschüsse mit polizeilichen Befugnissen ausgestattet werden.

Bei Umgehung dieser Verbilligungsaktion durch Erzeuger und Händler müssen die Behörden sofort das Ausfuhrverbot für diese Lebensmittel erlassen.

Die Konferenz spricht sich gegen die von den Großhändlern und Erzeugern planmäßig gegen die Zwangswirtschaft betriebene Hege aus und erklärt vielmehr, daß nicht Abbau, sondern

Ausbau der Zwangswirtschaft aller wichtigen Lebensmittel notwendig ist. Das bisher bestehende Preismehrsystem für die Landwirtschaft ist sofort zu beseitigen, insbesondere die Preismehrschritte für die Kartoffelablieferung.

Die bestehenden gesetzlichen Strafbestimmungen sind schärfstens in Anwendung zu bringen, die Geldstrafen in Haftstrafen und Freiheitsstrafen umzuwandeln, und im Verfallensfall ist die Enteignung vorzunehmen.

Um eine planmäßige Arbeit der Verbrauchsausschüsse herbeizuführen, werden aus den Ausschüssen Obmänner bestimmt, die in nicht allzu langen Zeiträumen zu Sitzungen zusammenkommen.

Wenn die Regierung diesen Forderungen nicht folgt, so erkläre Rößch hierzu, dann hat sie auch die Verantwortung, wenn das Kaiserreich mal zur Explosion kommt. Wir wünschen keine Explosion, aber wir unterbinden sie auch nicht. Wir rufen, wenn es nicht anders sein kann, die werktätige Bevölkerung zum schärfsten Protest gegen die ungerechte Behandlung auf. Wir fürchten auch den Kampf gegen die Behörden nicht. Bezirkskasseninspektor Dr. Wünsche-Abbau dringt folgende Entschlüsse ein:

Die Konferenz richtet an die Gewerkschaften und an die sozialistischen Parteien den dringenden Appell, sich zu rufen, diese Forderungen erforderlichenfalls mit denjenigen Mitteln durchzusetzen, die zur Niederwerfung des Rapp-Vertrages in Anwendung kamen.

Dann bringt der Vertreter des Landespreisausschusses, Röttch, schwere Anklagen gegen das herrschende System vor. Er erklärt sich, abgesehen von fortreibenden Einzelheiten, mit den Vorschlägen einverstanden. Die Behörden sind, so erklärt er, nicht in der Lage, durchzugreifen, weil ihnen die Machtmittel fehlen, besonders dem Landespreisausschuss. Nach kurzer weiterer Aussprache werden die vorgeschlagenen Rundgebungen und der Zusatzantrag einstimmig angenommen. Sie sollen der Regierung übermittelt werden. Es wurde endlich ein sechsmitgliediger Ausschuss gewählt, der im Sinne der heutigen Beschlüsse weiter arbeiten soll.

Von Stadt und Land.

Aus, 4. August 1920.

Ueber die Wahlbeteiligung in Sachsen bei den Wahlen zum Reichstag und zur Nationalversammlung läßt sich nunmehr, nachdem die reichsamtlichen Feststellungen erfolgt sind, ein klares Bild gewinnen. Die Zahl der Wahlberechtigten in ganz Sachsen betrug bei den Wahlen zum Reichstage 2 938 361, bei denen zur Nationalversammlung 2 889 573, hatte also vom 1919 zu 1920 um 46 788 zugenommen. Von je 1000 Einwohnern überhaupt waren 633 wahlberechtigt. Die Zahl der abgestimmten Stimmen belief sich 1920 auf 2 411 861, 1919 dagegen auf 2 425 464, hatte sich somit um 13 603 verringert. Verhältnismäßig war die Wahlbeteiligung von 63,94 auf 82,14 Prozent herabgegangen. In den einzelnen Wahlkreisen war das Bild jedoch sehr verschieden. Während die Wahlbeteiligung im Dresdener Wahlkreis von 84,0 auf 80,0 und im Chemnitzer Wahlkreis von 84,9 auf 80,9 gesunken war, stieg sie im Leipziger Wahlkreis von 82,5 auf 87,2 Prozent. Der Leipziger Wahlkreis hatte also 1919 die schwächste und 1920 die stärkste Wahlbeteiligung aufzuweisen. Die Zahl der ungültigen Stimmen betrug 1919: 7082, 1920: 7069, ist also merkwürdigerweise fast genau die gleiche gewesen. Wahlscheine wurden ausgestellt im Dresdener Wahlkreis 15 677, im Leipziger Wahlkreis 10 7—2, im Chemnitzer Wahlkreis 10 680, zusammen also 87 059.

Wichtiges Sachland aus staatlichem Fortbesitz. Das sächsische Finanzministerium erläßt nachfolgende Bekanntmachung: Um den zahlreichsten aus der Bevölkerung heraus geäußerten Wünschen auf Zuteilungen von Land zur Hebung der Erzeugung von Nahrungsmitteln noch mehr als bisher zu entsprechen, beabsichtigt das Finanzministerium, geeignete kleinere Stücke aus dem staatlichen Fortbesitz der landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Benutzung zuzuführen. Die Stücke sollen pachtwweise gegen einen mäßigen Pachtzins überlassen werden. Als Pächter kommen in Betracht: a) staatliche Forstbeamte und Waldarbeiter; b) kleinere anliegende Landwirte; c) andere Privatpersonen, die ausreichende Gewähr für sachgemäße Bewirtschaftung des überlassenen Bodens bieten; d) gemeinschaftliche Körperschaften.

Eva Gröger.

Roman von Anna Riedel.

22. Fortsetzung.

Wie lange sie so gefesselt wachte sie nicht. Das Summen der Fliegen an den Fensterscheiben wurde unerbittlicher, die Stimmen von draußen, verhallten ganz und gar, und schließlich hörte sie gar nichts mehr. Da rührte sie in die Höhe. Hans Winter stand in der Tür. Was hast du gemacht?

„Ich sollte Ihnen von Doktor Weber sagen, daß das Fieber zurückgegangen ist. Er muß fortgehen, Sie möchten heraufkommen.“

Über die Folge dachte, daß jener Tag mit seiner gesteigerten Sorge noch nicht die Entscheidung gebracht hatte. Er hatte Ihnen nur gezeigt, welche Clastigkeit in Thomas Magnussens feinknochigem Körperbau steckte. Auf welche Anstürme sie sich noch gefaßt machen sollten, das begriffen sie erst ein paar Wochen später, als sich immer noch keine Wendung zum Besseren zeigen wollte.

Der Juni war dahingegangen. Aus Frühling war Sommer geworden. Das erste Gras war geschnitten, am ihrem Bettplatz hatte Frau Gröger das Rasen der Gestirnen hören können. Vordem leuchteten die roten Früchte von den Bäumen, die Johannisbeere färbte sich glühender am Sonnenrand, und rot blühte die Rose am Stock. Schon erzählten sich die Landleute, daß das Korn Weizen ansehe. Und die Weizen wurden schwer und wogen sich unter der Last ihrer Körner. Doch in der Luft freuten junge Störche. Die Kinder lagen fernsinnig unter dem Apfelbaum und horchten, ob nicht eine der runden gelben Früchte herunterfalle. Immer noch lag Thomas Magnussen fiebernd und teilnahmslos darnieder. Und Eva Gröger sah bei ihm und tat, was der Arzt ihr auftrug, mit der gleichen Mühseligkeit wie am ersten Tage. Sie sah jetzt sehr blaß und angegriffen aus, die angestrengten Tage und durchwachten Nächte machten sich bemerkbar, aber ihr Wesen war gleichmäßig und heiter, wenn sie mit dem Kranken sprach. Eine Woche nach der anderen ging hin. Einest Nach-

mittags sah Elisabeth Elle stumm vor ihrer Tür auf der Bank und schaute nach Eva aus, die sie zum Spaziergang abholen wollte. Als sie die Stufen heraufkam, sah sie sogleich an ihrer milden Haltung, daß es nicht gut um Thomas stand. Sie flog ihr entgegen.

„Wollen wir gehen?“ Aber Eva sank versagt auf die Bank.

„Es ist so schlimm. Ich möchte lieber daheim bleiben. Wenn es Dir recht ist, komm hinauf in mein Zimmer. Dort ist es heller und wärmer.“

Sie gingen hinauf. Elisabeth rückte den weiten Armstuhl an das Fenster und drückte Eva hinein. Dann holte sie sich einen niederen Stuhl herbei und setzte sich zu der Freundin.

„Wie geht es heute?“ Eva nickte.

Darauf sagten sie beide eine Weile nichts. Elisabeth hatte ihren Kopf auf Evas Knie gelegt, und Evas Hand strich ihr lockend über das Haar. Dann begann Eva und Elisabeth erschrak über den grünen Klang ihrer Stimme:

„Hör, Elisabeth, ich will Dir etwas sagen. Du hast mich damals gebeten, Dir zu erzählen, wenn wieder eine Wendung bevorsteht. Es ist heute so weit. Es geht sehr schlimm um Thomas. Wir wissen nicht, wie die Nacht hingehen wird und was sie uns bringt. Aber sie bringt etwas. Versteht Du, wie ich das meine?“

Elisabeth lag ganz regungslos, nur ihre Arme klammerten sich fester an Eva Gröger, so fest, daß diese vergeblich versuchte, sich los zu machen.

„Daß mich. Ich kann nicht länger bleiben. Ich muß hinaus. Du hast es gewollt, daß ich Dir die Wahrheit sagen sollte. Nun mußt Du hart sein.“ Sie redete unendlich gut und trübend, sie strich ihr immer wieder über das Haar und küßte den Kopf, der sich immer fester und fester in ihren Schoß wühlte. In dieser Stunde der Hergensangst las sie das Geheißnis der Freundin wie aus einem aufgeschlagenen Buch.

„Ich weh wohl, es ist schwer für Dich, wenn Du hier allein mit Deiner Ungewißheit bleiben mußt. Könntest Du, wie ich, an meinem Krankenbett stehen, so würdest Du vielleicht mehr mit ihm leiden, aber weni-

ger um ihn, und Du würdest dem Kommenden ruhiger entgegensehen.“

„Ruhig? Wie kannst Du so reden!“ rief sie bitter. „Wenn Du, wie ich, immer gesehen hättest, was machtlos alle Mittel waren, dann würdest auch über Dich eine gewisse Ergebung gekommen sein. Aber ich muß gehen. Komm, sei ruhig und halte mich nicht länger auf. Sage nicht, daß Du allein bist. Ich werde die ganze Nacht mit meinen Gedanken bei Dir sein.“

Sie umarmten sich beide mit dem Gedanken: Was wird sein, wenn wir uns wiedersehen? Dann riß Eva Gröger los und ging.

Es wurde mit der Besserung wie so oft nach schweren Krankheitsfällen — sie ging mit tiefen Schritten vor sich. Sumal für die, die wochenlang machtlos an seinem Lager gestanden hatten, war es geradezu ein Wunder, zu sehen, wie Thomas Magnussen mit jedem Tag einen Schritt weiter kam.

Der Sommer war verregnet, aber der Frühherbst war dafür umso schöner. In wunderbarer Bläue wühlte sich Tag um Tag der Himmel. Die Felder waren abgeerntet, das lahle Land dehnte sich wälsig im Sonnenlicht.

In diese durchsichtige Luft blühte Thomas Magnussen, wenn er wohl zugebedt vor dem weitgeöffneten Fenster seiner Stube saß und in vollen Sägen mit dem warmen Schein Gesundheit und Kraft einatmete. Noch war er blaß und abgemagert; der Blick des Auges war trübe und beschattet. Aber er genoss das Glück des wiederbesunden Lebens.

Es waren während der Krankheit viele Gönnerinnen Bürger gekommen und hatten nach dem Befinden gefragt. Frau Gröger pflegte alle Namen aufzuschreiben, und eines Tages reichte sie ihm die lange Liste. Jetzt kamen täglich Blumenpenden. Und der blaß demontierte Postmeister, der immer eine besonders geliebte Blüthen für Thomas' Stelle gewesen war, schickte ihm einen dauigen Dedekrug, auf dem eingraviert war: Seinem lieben Knechtbruder zur Genesung! Thomas in seiner Schwäche vergaß Tränen über diese Spende. „Eva“, sagte er leise, „ich schäme mich.“

ten, die das Land zur künftigen Benutzung in kleinen Stücken weiterzugeben. Anträge auf Pachtung sind unter genauer Angabe des gewünschten Landstückes bis spätestens den 1. September an die Revierverwaltungen zu richten, bei denen auch die näheren Pachtbedingungen zu erfahren sind.

Lebensmittel für Aus am Donnerstag, den 5. August: Auf die Einfuhrzulasskarte für ausländisches Schmalz, Abschnitt VIII, 80, 125 Gramm Schmalz zum Preise von 3,80 M.

Landesfestkarten aufheben! Mit Wirkung vom 1. August d. J. ist bekanntlich die Zwangswirtschaft für Margarine, Kunstspeise, Speisefett und Speiseöl aufgehoben. Butter und Schmalz bleiben aber weiterhin in Zwangswirtschaft. Die Landesfestkarten sind daher weiterhin sorgfältig aufzubewahren, da auf diese Karten Zuteilungen in Butter und Schmalz erfolgen. In welcher Höhe die Karten beliefert werden, steht augenblicklich noch nicht fest, voraussichtlich wird jede Karte mit 60 Gramm Butter oder Schmalz beliefert werden können. Der Landesfestkarte wird daher vom 29. August d. J. ab eine bestimmte Mengenangabe nicht mehr aufgedruckt. Die auf jede Karte zu verteilende Menge wird vielmehr für jeden einzelnen Fall bekanntgegeben werden. Im übrigen sind die Karten, wie bisher, zu den aufgedruckten Terminen in den Kleinhandelsgebeten anzumelden und durch die Händler innerhalb der vorgeschriebenen Fristen an die Maßbezirke weiterzuleiten. Die Maßbezirke stellen die Bezugsausweise für die Händler nicht mehr, wie bisher, auf eine bestimmte Menge, sondern auf die Zahl der abgelieferten Karten aus.

Theater, Konzerte, Vergnügungen

Die Groß-Arena-Schau-Olympia bietet heute ihren Besuchern ein äußerst interessantes Programm als Abschlussvorstellung. Als Hauptattraktion ist herbeizubringen ein Riesenspektakel, genannt Zeppelinluftkrieger-Katastrophe.

Handel und Verkehr.

Handelskammertagung. Vor einigen Tagen fand wieder die monatliche Zusammenkunft der Vorsitzenden und Syndici der sächsischen Handelskammern in Dresden statt, bei der eine große Zahl der Handelskammern betreffenden Fragen erörtert wurde. Von großem, allgemeinem Interesse war unter den behandelten Gegenständen die Stellungnahme zu der Ausfuhrkontrolle und der Ausfuhrabgabe. Angesichts der allgemeinen Störung im Geschäftsleben und des Umstandes, daß durch die Befreiung der deutschen Valuta die Preise der meisten deutschen Waren die Weltmarktpreise erreicht, teilweise sogar schon überstiegen haben, war man der Meinung, daß mit Ausnahme bestimmter lebenswichtiger Waren, deren Ausfuhr Deutschland nicht zulassen kann, die gesamte bisherige Ausfuhrkontrolle zunächst einmal vollständig für ein Vierteljahr aufgehoben werden könne. Auch die Ausfuhrabgabe wurde als durch die Entwicklung vollkommen überholt und namentlich für die in Sachsen so hoch bedeutsame, auf die Ausfuhr angewiesene Textilindustrie als außerordentlich schädlich, wenigstens zur Zeit, für unrentabel erachtet, und es wurde beschlossen, die Außenhandelsstelle beim Auswärtigen Amt bringen zu eruchen, sich für die zeitweilige Aufhebung der Ausfuhrabgabe zu verwenden. Weiter besaß man sich mit der Befreiung der Ausfuhr von Vorzugsaktien zur Verhütung der Ueberfremdung deutscher Aktiengesellschaften, die auch der preussische Handelsminister

vor wenigen Tagen zur Erörterung gestellt hatte. Man konnte anfangs die Entwicklung gerade in den letzten Monaten einbringendes Bedürfnis zum Erlass einleitender Vorschriften zur Verhütung von Mißbräuchen anerkennen. Schließlich wurde noch die Vereinfachung und ökonomische Bestimmung von Handelschemikern durch die Handelskammern erörtert, die seit 1918 zulässig ist. Es wurde beschlossen, dem Ministerium die von den mitteldeutschen Handelskammern schon vor zwanzig Jahren erlassenen und bewährten Vorschriften für verdichtete Nahrungsmittelchemikern unverändert zur Genehmigung zu empfehlen.

Das Geheimnis der Mark.

Die Kölnische Zeitung entnimmt folgende amüsante Betrachtungen der spanischen Zeitung El Sol: Bestimmt hat keine Ware in den beiden letzten Jahren einen derartig reichenden Absatz gehabt, wie die Mark. Die ganze Welt hat Mark gekauft, und in der ganzen Welt wurden Mark gekauft. Die andalusischen Bauern, die Röhre, die Schlangenhändler, die Bajadaren, die Kaufmänninnen, ja selbst die mohammedanischen Dermische, die das Armutsgelübde abgelegt haben, sie alle haben in Mark spekuliert. Um Markbeträge zu kaufen, gingen die armen Leute mit ihren Wäskern zu den Sparfassen und hoben mit einem Schläge die Spargroschen von 40, 50, ja 60 Arbeitsjahren ab. Die Banken erhielten auf der einen Seite Peseten, Dollar, Gulden, Franken, Lire, Escudos, Pesos, Pfund und haben auf der anderen Seite Mark, Mark, Mark. Die Nachfrage nach Mark nahm phantastischen Umfang an. Deutschland demobilisierte sein Heer, zerstückte seine große Militärindustrie und verlegte sich auf die Markherstellung. Das Papier stieg im Preise. Das Holz stieg im Preise. Die Druckschwärze stieg im Preise. Selbst in Ländern, wie dem von Deutschland so weit entfernten Kalifornien, sind zahlreiche Geschäfte in Mark abgeschlossen worden. Viele Leute haben überhaupt kein anderes Geld und anstatt einen Dollar in einem Goldhaus zu bezahlen, geben sie 50 oder 100 M., je nachdem wie hoch der Kellner den Kurs berechnet. Die volkswirtschaftlichen Sachverständigen werden verrückt. Wäsklich macht die Mark einen großen Sprung und steigt von fünf spanischen Centimos auf 15 oder 20. Jetzt wird sie weiter steigen, denken die Börsenleute. Am folgenden Tage aber kommt ein fürchterlicher Sturm, und niemand gibt noch eine Peleta für 100 M. Wie kommt das eigentlich? hört ich fragen. Das kommt daher, daß es soviel Mark in der Welt gibt wie Wasser tropfen im Meer und daß sie, gleichwie beim Meer, der Gewalt aller Winde ausgeliefert sind. Es kommt daher, daß eines Tages von den Küsten des Stillen Ozeans bis zum Chinesischen Meer die Combons und die Derwische und die Zimmermädchen und die Schlangenhändler und die Fakire und die andalusischen Bauern und die Röhre und die Bajadaren ängstlich werden und anfangen, Mark zu verkaufen. Es kommt daher, daß die Wissenschaft den Kauf der Sterne vorherzagen, ja sogar eine Methode erfinden kann, um beim Roulettepiel zu gewinnen, daß dagegen die Schwankungen der Mark ihr immer ein unlässbares Geheimnis bleiben werden. Ueberdies muß man noch etwas anderes wissen: die Leute, die täglich logisch gedacht, ein unmittelbares Interesse am Steigen der Mark haben, sind tatsächlich vielleicht dieselben Leute, denen es wenig zutrifft, wenn die Mark steigt. Logisch ist ein deutscher Großindustrieller mehr interessiert an dem Steigen der Mark als ein ruhiger Bürger Madrids, der nur 2000 oder 3000 M. bezieht. Tatsächlich aber bedeutet im Augenblick das Steigen der Mark für den deutschen Industriellen die Unmöglichkeit zu verkaufen und vielleicht den Bankrott, und der deutsche Industrielle wünscht, daß die Mark steigt, aber gleichzeitig wünscht er dringend, daß sie ruhig bleibt. Das klingt verrückt, ist aber so.

Letzte Drahtnachrichten.

Parteien-Zusammenschluß. Berlin, 4. August. Wie mehrere Blätter zufolge in parlamentarischen Kreisen verlautet, haben sich die 5 Mitglieder der deutsch-bannoverschen Partei im Reichstag mit der bayerischen Volkspartei in Verbindung gesetzt, um einen Zusammenschluß aller föderalistisch gestimmten Reichstagsabgeordneten herbeizuführen.

Bayerische Sonderangelegenheit. Berlin, 4. August. Der bayerische Ministerpräsident von Köhr, der sich augenblicklich in Berlin aufhält, erklärte einem Vertreter der Köstlichen Zeitung, ihm sei nichts bekannt, daß andere Länder ebenso wie Frankreich in München eine Sondergesandtschaft errichten wollten. England sei in München bisher nur durch seinen Konsul vertreten. Einem Reaktionsmitglied der Deutschen Allgemeinen Zeitung erwiderte der bayerische Ministerpräsident, die Meldung des Temps, daß einflußreiche Gruppen in Bayern ein Groß-bayern schaffen wollten, das die Rheinlande und Deutschösterreich umfasse, für falsch.

Schulstreik. Berlin, 4. August. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung aus Düsseldorf meldet, hat der bereits angekündigte Schulstreik der zu einem Verband zusammengefaßten freigeistigen Vereine gestern begonnen. Die Kinder sollen solange aus den konfessionellen Schulen zurückgehalten werden, bis die für die Dissidenten-Kinder vom Kultusminister versprochenen Übergangsschulen in Angriff genommen sind.

Ausweklung eines Fremden aus England. Rom, 4. August. Ein Funkdruck aus Rußland meldet von gestern: Der französische Abgeordnete Ernest Lafont und seine Gemahlin sind auf Befehl Trotskis aufgefordert worden, Rußland zu verlassen. Paris, 4. August. Zu der Ausweklung Lafonts aus Rußland sagt Temps: Trotski werfe Lafont vor, mit der französischen Militärkommission in Warschau in Verbindung gestanden und der russischen Regierung unrichtige Angaben gemacht zu haben.

Internationaler Bergarbeiterkongress. Genf, 4. Aug. In der Sitzung sagte Jmbusch-Deutschland, bei der Sozialisierung müsse die Arbeiterschaft an der Leitung und Verwaltung beteiligt werden. Die Deutschen hätten Aussicht, dieses Ziel bald zu erreichen. Sie wünschten, daß die Bergarbeiter der anderen Länder ihnen auf diesem Gebiete energisch folgten. (Starker Beifall.) Tschel-Tscheschlowata erklärte, die Tscheschlowaten lehnten die Verstaatlichung ab. Baruti-Frankreich erklärte, die Franzosen seien mit den aus ausgesprochenen Grundfragen über die Nationalisierung der Bergwerke einverstanden. Sie glaubten nicht, daß die Forderung der Deutschen auf

Einführung eines internationalen Kohlenzolls sich durchsetzen lasse, bevor nicht die Sozialisierung der Bergwerke in den einzelnen Ländern durchgeführt sei und damit eine internationale Verteilung der Kohlenproduktion. Eine Einigung lasse sich auf dem Kongress leicht erzielen. In der Nachmittagsitzung erklärte der amerikanische Delegierte Kooge, die amerikanische Delegation könne nicht zugeben, daß die Bergwerke dem Staate gehören und von ihm ausgebeutet werden. Die Erfahrungen in Amerika während des Krieges ermutigten nicht zur Nationalisierung. Lombard-Belgien betonte, daß mit der Forderung auf Sozialisierung erklärt werden müsse, daß die Bergwerke nur gegen eine Entschädigung an die bisherigen Besitzer in den Besitz der Allgemeinheit übergehen. Präsident Sajo schlägt vor, eine grundsätzliche Abstimmung darüber vorzunehmen, daß der Kongress die Nationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke verlangt. Hodge-England empfahl gleichfalls eine grundsätzliche Abstimmung. Baruti-Frankreich sagte, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die Nationalisierung oder Sozialisierung nicht erreicht sei, so müsse das internationale Komitee eine einheitliche Aktion anordnen. Der englische Delegierte Smille warnte davor, schon jetzt ein bestimmtes Aktionsprogramm zu beschließen. Der deutsche Delegierte Hue vertrat einen ähnlichen Standpunkt. Schließlich nahm man einstimmig die von der englischen Delegation vorgeschlagene Resolution an. Der Kongress beschloß, daß alle Länder endgültig für die Nationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke eintreten, ebenso für die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft und die Durchführung der Kontrolle und Verwaltung der Bergindustrie durch Vertreter des Staates, der beteiligten Arbeiter und der Konsumenten. Der Sekretär jeder angeschlossen Organisation wird dem internationalen Büro in jedem Vierteljahr über die Fortschritte, die in jedem Lande zur Erreichung dieses Zieles gemacht werden, Bericht erstatten.

Internationaler Sozialistenkongress. Genf, 4. August. Der Kongress setzte gestern Vormittag seine Arbeiten fort. In der Besprechung der von der Kommission eingebrachten Resolution über die Stellung der Internationale zum Bitterbund tadelte Tröstra-Holland vor allem, daß Somjerlund vom Bitterbund ausgeschlossen sei und bekämpfte insbesondere die Bestimmung, daß nur diejenigen Nationen zugelassen werden, die ihren Verpflichtungen nachkommen. Dieser Passus habe sich im Jahre 1919 auf Deutschland bezogen. Jetzt könne er nur noch auf Rußland Bezug haben. Stauning-Dänemark übte scharfe Kritik an dem Verträge von Versailles und am Bitterbund. Bernstein-Deutschland erklärte, daß der Vertrag von Versailles für die Deutschen eine große Enttäuschung bedeute, weil die Alliierten gegen die deutsche Republik dieselbe Stellung einnehmen wie früher gegen das kaiserliche Deutschland. Die deutsche Revolution sei aber durchaus ernst zu nehmen. Durch die Revolution sei in Deutschland der politische Schwerpunkt vollständig verfahren worden. Der Vertrag von Versailles verstoße dem Selbstbestimmungsrecht der Völker einen sehr schweren Schlag. (Sehr lebhafter Zustimmung.) Eine Abänderung des Versailles-Vertrages und des Bitterbundes könne nur durch eine internationale Aktion der Massen erreicht werden, die allein den Frieden Europas sichern könnte. Bernstein empfahl sodann die Resolution der Kommission zur Annahme. (Starker Beifall.) Die Verhandlungen wurden hierauf auf Nachmittag vertagt.

Amtliche Bekanntmachungen.

Aue. Die Maul- und Klauenseuche ist amtlich festgestellt worden in den Grundstücken: Wettinerstraße Nr. 30 (Fleischermeister Fische), Waffelstraße Nr. 15 (Raufarm Rohner), Reichsstraße Nr. 52 (Fabrikdirektor Schrotz). Es werden erklärt als Speerbezirk die von der Seuche befallenen Gehöfte, als Beobachtungsgebiet das Stadtgebiet Aue. Die von der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg am 23. Mai 1920 in Nr. 123 des Erzgeb. Volksfreundes vom 1. Juni 1920 unter Absatz 4 bekannt gemachten Bestimmungen werden ebenfalls für Aue in Kraft gesetzt. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden, somit nicht eine höhere Strafe befestigt ist, mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit entsprechender Haft bestraft. Aue, den 3. August 1920. Der Rat der Stadt, Polizeibehörde.

Aue. Straßensperrung.

Wegen Einlegung neuer Eisenbahnschienen wird der Verkehr auf der Ueberführung der Reichsstraße über die Aue-Morser Eisenbahnlinie (am Kochschulplatz) am Sonntag, den 8. August 1920, von früh 7 Uhr ab sowohl für Wagen wie für Personen gesperrt. Aue, am 4. August 1920. Der Rat der Stadt.

Steingut-Geschirre zu sehr billigen Preisen:

Speiseteller, weiß, tief	Stück 2,25
Kaffeeteller, weiß u. dekoriert 1,75	0,95 0,65
Obertassen, weiß und dekoriert . . .	1,95 1,75
Kaffeetassen mit Untertassen, weiß .	3,25
Salz- und Mehlresten, weiß und bunt	9,50
Nachtgeschirre, weiß	9,50
Satz-Schüsseln, weiß, 6teilig	24,50
Satz-Schüsseln, dekoriert, 7teilig . . .	29,50
Milchtöpfe mit Schrift, weiß	2,95 2,45 1,95
Milchtöpfe mit Schrift, Zwiebelm. 3,45	2,85 2,25
Kaffeetassen f. 6 Pers., schön dekoriert	65,00
Tafelsets, 23teilig, schön dekoriert	165,00
Waschtisch-Garnituren, 4teilig, dekoriert	85,00
Waschtisch-Garnituren, 4teilig, dekoriert	75,00
Waschtisch-Garnituren, 5teilig, m. Goldr.	85,00
Waschtisch-Garnituren, 5teilig, weiß, dek.	95,00
Küchengeräte, 22teilig, mit blauen Würfeldek. und Schrift	195,00

Kaufhaus Schocken

Vermischtes.

Massenabreise auf einem Bahnhof. Seit vielen Monaten sind auf dem an der Bahnstraße Frankfurt am Main-Berlin gelegenen Bahnhof Reuhof durch Bahnbedienstete und Bahnarbeiter Besatzungen von Bahngüterwaggonen vorgekommen, die jetzt entdeckt worden sind und zu zahlreichen Verhaftungen geführt haben.

Milionschmuggel mit anbanderollerten Zigaretten. Der Schmuggel mit anbanderollerten Zigaretten hat in einzelnen Gebieten Westdeutschlands einen beträchtlichen Umfang angenommen, das viele Millionen Mark dem Reich dadurch verloren gehen.

Ein Verber für die Fremdenlegion wurde in Frankfurt a. M. in der Person des Privatdetektivs Kurt Stiller, geboren in Forst, jetzt in Dresden wohnhaft, festgenommen.

Munitionsexplosion. Auf dem Schießplatz Königswasserhau- ten ist Dienstag mittag ein Schuppen des Munitionserzeuger- triebes in die Luft geflogen. Die Explosion erfolgte bei der Pa- tronen-Entladung.

Ausschreitungen in einem Kurort. Im Anschluß an eine Protestversammlung gegen eine Milchpreiserhöhung kam es in Freiwaldau in Schlesien zu großen Demonstrationen.

Die Ostseebäder ohne elektrisches Licht. Vorpommern mit den zahlreichen Ostseebädern an der pommerischen Küste ist ohne elektrisches Licht und Kraft.

Es wird weniger geraucht. Aufmerksame Beobachter konnten schon seit längerer Zeit feststellen, daß auf der Straße, im Wirtshaus und in Versammlungen bedeutend weniger geraucht wird.

aber auch an Zigaretten bedeutend zurückgegangen: sogar viele Pfeifenraucher haben sich veranlaßt gesehen, den Tabakverbrauch erheblich einzuschränken, zumal auch der Preis der Zündhölzer und Feuerzeuge sehr verteuert wurde.

Feindliche Blumen. Ein Blumenfachmann will entdeckt haben, daß bestimmte Arten von Blumen, wenn sie in derselben Vase miteinander vereint werden, sich nicht vertragen und gegenständig schädigen.

Die Unterlagen hierzu können am Freitag, den 6. d. Mts. von Herrn Bmstr. Otto Freiberger, Markt Nr. 16 III und vom Architekteten Johs. Kopp, Leipzig, Pumboldstr. 17, gegen eine Gebühr von 3.— Mark entnommen werden.

Singerichtet

Sind alle Schritte nach der Walter-Wiese zur Groß-Arena-Schau „Olympia“. Heute abend 8 Uhr letzte große Dant- und Abschieds-Vorstellung mit Veranstaltung des Zeppelin-Luft-Kreuzers.

Gasthof „Brünnlassberg“. Morgen Donnerstag, den 5. ds. Mts., von nachmittags 5 Uhr ab: Gartenkonzert Tänzchen, gespielt von der gesamten Schneeberger Stadtkapelle.

Tauschermühle. Donnerstag, den 5. August, von 7 Uhr ab großes Garten-Konzert mit Ball gespielt von der Auer Orchestervereinigung.

Müller's Tanzstunde. — Aue, Hotel Stadtpark. — Donnerstag, den 5. August 1920: 1. Schritttunde, Damen 8 Uhr, Herren 9 Uhr.

Beha! Morg. Donnerstag Generalversammlung. abend 8 Uhr: Sp.-B. Alemannia. Morgen Donnerstag, den 5. August, 8 Uhr Monatsversammlung im Vereinsheim Stadtbrauerei.

Schnitt Dresdner Sprudel. Bestes und billigstes Erfrischungsgetränk, hell und dunkel, à Flasche 60 Pfg. Verzüglich empfohlen.

Feinste Tafelmargarine. Beste freie Handelsware in vorzügl. Friedensqualität versendet in Postpaketen à 9 Pfd. netto (9 Würfel à 1 Pfd.) zu 11.50 pr. Pfd. einschliesslich Porto und Verpackung gegen Nachnahme.

Engl. u. amerik. Zigaretten. United-States in Stanol . . . 100 Stüd 47.00 Mk. Piedmont in Stanol . . . 100 Stüd 55.00 Mk. Chesterfield, Wills Goldstake, Players Newy Cut . . . 100 Stüd 58.00 Mk.

Fahrrad-Pneumatic- u. Kinderwagen-Reifen. erstklassiges Fabrikat (Naturgummi) kaufen Sie jetzt für den festgelegten Fabrikpreis bei Lübbe, Fahrradhdg., Wettlinerstr. 26.

Herrenwäsche zum Waschen und Plätten, sowie Kragen zum Enger- u. Niedrigermachen nimmt an Härtel, Ernst-Papst-Str. 33, I.

Florian Geyer Cigarren Frih Schreiter. Aue Spezialgeschäft Wettlinerstr. 7.

Haubenneze Die besten, billigsten und größten 10/38 einfach, echt per St. Mt. 2.25 kauft man bei Stern & Gauger

!!! Sommersprossen!!! verschwinden! Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen unentgeltl. mit Frau Elisabeth Frucht, Hannover 33, Schlieffach 238

Fräulein gesucht. Perfekt in Kurz-, Maschinen- und Handschrift sowie allen Bucharbeiten. Handschriftliche Angebote nach Schlettau unter Postschlüssel Nr. 15 erbeten

Eigensinnige Stepperinnen für Roll- und Klappwagen sucht Erzgebirgische Herrenwäschefabrik Ebert & Kopp, Löbnitz i. Erzg.

Suche für 1. 9. nach Oberförsterei Brettenhof älteres zuverlässiges Mädchen, das gut bürgerlich kochen kann, Hausarbeit und Versorgung des Kleinviehs übernimmt.

Breitshuch & Lauchmann l. Erzgeb. Bücherei- u. Feuch- u. Gef. - Steuer- Buchbüro - Aue l. Erzgeb. Schneeberger Str. 23. Telefon 725.

Buchführungs- und Steuer-Angelegenh. bei mögl. Honorar und prompter Bedienung.

Gelegenheits-Fahre von Zwickau nach Aue zwecks Mitnahme v. einig. Möbelstücken wird gesucht.

Zöpfe färbt u. repariert billigt in kürzester Zeit Stern & Gauger

Rohhäute u. Felle kauft zu den höchsten Tagespreisen Kurt Junghans, Lederhandlung, Aue, Ernst-Papst-Str. 19. Fernruf 589.

Halbe Arbeit! Größte Zeit-Ersparnisse beim Steuer-Abzug b. Veruhg. v. Büchereifabrik Breitshuchs Spezial-Lohnliste nach d. neuelt. Befehlen!

Erfahrenen Metallschleifer u. Pollerer für Aluminium-Gestelle sofort gesucht.

Vertreter für Erzgebirge. Spezialhaus f. Konditorei- u. l. b. Bäckern u. Konditoren gut eingef. Herren als Vertreter.

Nebenverdienst oder Ergänzung d. Erziehung eines Wirtshaus- u. Geschäftes nach amerik. Muster. Kein Kapital nötig. Verloht zu Hause. Sofort Verloht!

Zur Errichtung eines Teiles der am Eichert geplanten Kleinwohnungs-Bauten sollen die Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten vergeben werden.

100 Waggon la Schwarzen, trockenen ostpreussischen Heiztorf Zentner Mt. 11.— ab Verladestation. I. A. Schlesinger, Oberschlema.

Margarinewerke Berolina. Fabrikniederlage: Leipzig, August Braun, Blücherstr. 11, Fernsprecher 2315, liefert prompt Margarine in jeder gewünschten Menge und Packung.

Laden oder Niederlage baldigt zu mieten gesucht. Angebote unter N. L. 5601 an d. Geschft. d. S. Bl.

Jung. Mann sucht möbl. Zimmer. Gest. Angeb. unter „N. L. 5597“ an d. Geschft. l. b. Stg. erbeten.

Privat-Schlafstelle für Herrn gesucht, wenn möglich volles Bogis. Angebote unter N. L. 5618 an die Geschäftsst. ds. Blts.

Herren- u. Damenhalbschuhe in schwarz und farblich von 25 Mark an empfiehlt Schönlische Schuhwarenhause. 1 neue Kühnleinrichtung, 1 Wäschebraut, 2 Betten, alles neu, sofort billig zu verkaufen. Zinnstraße 3. Fahrrad m. G.-Bereifung zu verkaufen. Zu erfrag. im Auer Tageblatt.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.